



Stadt Erlangen

Der Oberbürgermeister

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon 0 91 31 / 86 22 00
Telefax 0 91 31 / 86 21 12
E-Mail stadt@stadt.erlangen.de
Internet <http://www.erlangen.de>
Az. V/50/VO001

26. Juli 2016

Übernahme des kommunalen KdU-Aufwandes für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund, sowie Erstattung des kommunalen BuT-Aufwandes durch den Bund Hier: Umsetzung im Freistaat Bayern

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

am 16.06.2016 haben sich in Berlin Bund und Länder darauf verständigt, dass der Bund im Zeitraum 2016 bis 2018 die Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge komplett übernimmt – also auch den etwa 2/3 Anteil des KdU-Aufwandes, der derzeit von den Kommunen zu tragen ist. Laut Bayerischer Gemeindezeitung vom 23.06.2016 hat der Bayerische Städtetag hierzu gefordert: „Der Freistaat muss den Kommunen ihren Anteil an den Bundesmitteln weiterleiten“.

Nach der in Berlin getroffenen Absprache soll diese Kostenübernahme durch den Bund in den Jahren 2017 und 2018 haushaltstechnisch „mittels der aus dem BuT-Paket bekannten Mechanismen“ umgesetzt werden. Mit diesen Mechanismen zur Verteilung der BuT-Bundeserstattungen durch den Freistaat haben die Kommunen in Bayern allerdings höchst ungute und ärgerliche Erfahrungen gemacht. Eine unveränderte Übernahme dieses Verteilungsmechanismus auf die angekündigte Übernahme des KdU-Aufwandes für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund ist in keiner Weise akzeptabel.

Aus den Angaben des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung zum Belastungsausgleich 2015, sowie aus Ihrer schriftlichen Antwort vom 13.05.2016 auf eine entsprechende Landtagsanfrage der Frau Abgeordneten Alexandra Hiersemann wurden – für die verfügbaren Jahre 2013 und 2015 – in der Stadtverwaltung Erlangen umfangreiche Tabellen (siehe Anlagen 1 und 2) zusammengestellt. Darin zeigt sich

- in welcher unerträglichen Dimension die Mehrheit der bayerischen Kommunen (im Jahr 2015: 53 von 96 Kommunen) bei der Verteilung der BuT-Bundeserstattungen benachteiligt werden
- wie stark Kommunen mit einem sehr hohen Mietniveau bei gleichzeitig niedrigem BuT-Aufwand bevorzugt werden (so erzielte allein die Landeshauptstadt München in 2015 einen Überschuss an Erstattungen in Höhe von 1,4 Millionen Euro – ebenfalls im Jahr 2015 erhielt z. B. der Landkreis Starnberg BuT-Erstattungen, die nahezu doppelt so hoch waren wie der tatsächlich geleistete BuT-Aufwand)

- darüber hinaus zeigt sich auch, dass die heuer erstmals vollzogene Einbeziehung der höchst ungerechten Verteilung der BuT-Bundeserstattungen in den bayerischen Hartz IV-Belastungsausgleich im Ergebnis so gut wie keinerlei Korrektur- oder Ausgleichswirkung entfaltet. Die Einbeziehung in den bayerischen Sonderweg des Belastungsausgleichs erweist sich vielmehr als völlig wirkungslose Scheinlösung mit zum Teil sich sogar verstärkender Negativauswirkung (siehe Tabelle 2: Fiktivberechnung des BayStMAS für das Jahr 2013, wenn damals bereits eine Einbeziehung in den Belastungsausgleich stattgefunden hätte).

Eine solchermaßen ungerechte Verteilung der künftigen Bundeserstattungen für den örtlichen KdU-Aufwand anerkannter Flüchtlinge durch den Freistaat Bayern ist in keiner Weise akzeptabel. Es ist vielmehr unerlässlich, dass eine belastungsgerechte Weiterverteilung der Bundeserstattungen für den örtlichen KdU-Aufwand anerkannter Flüchtlinge durch den Freistaat Bayern vorgenommen wird. Schließlich ist es für eine solche Erstattungsleistung des Bundes logisch zwingend, dass die jeweilige Höhe des örtlichen Aufwandes von allen kreisfreien Städten und Landkreisen an das Land übermittelt und die landesweite Summe dann an den Bund mitgeteilt wird zur Ermittlung des landesdurchschnittlichen Erhöhungssatzes bei der KdU-Bundesbeteiligung. Eine solche Spitzabrechnung des Bundes für jedes einzelne Bundesland ist allein schon deshalb zwingend notwendig, weil z. B. die Kommunen in Rheinland-Pfalz von Anfang an eine um 10% Punkte höhere KdU-Bundesbeteiligung erhalten und die Bundeserstattung für den KdU-Aufwand anerkannter Flüchtlinge folglich dort entsprechend niedriger ausfallen muss. Auf eine landesspezifische Spitzabrechnung zwischen Bund und Land kann deshalb nicht verzichtet werden.

Angesichts dieser notwendigen Mitteilungen aller bayerischen Kommunen an den Freistaat über die Höhe des jeweils örtlich angefallenen KdU-Aufwandes für anerkannte Flüchtlinge stehen dem Land alle notwendigen Zahlen und Informationen zur Verfügung, um eine belastungsgerechte Verteilung der vom Bund erhaltenen Erstattungsmittel auf die bayerischen Kommunen vornehmen zu können. Dass eine solche belastungsgerechte Weitergabe der Bundeserstattungen - entgegen wiederholter Behauptungen des BayStMAS – auch ohne Probleme und ohne schwierige Rechenoperationen durchführbar ist, zeigt sich allein schon aus der Existenz des Art. 88 AGSG. Dort wird mit einem einfachen Satz die belastungsgerechte Weitergabe der Bundeserstattungen im Bereich SGB XII vorgeschrieben – die dem Vernehmen nach auch problemlos funktioniert.

Es handelt sich aber nicht nur bei den künftigen Bundeserstattungen für den örtlichen KdU-Aufwand anerkannter Flüchtlinge um echte Kostenerstattungen, die eine belastungsgerechte Weitergabe dieser Bundesmittel an die Kommunen erfordert (und nicht um die Ermöglichung eines zusätzlichen, landesspezifischen „Ausgleichssystems“). Das gleiche gilt auch für die Bundeserstattungen für den örtlichen BuT-Aufwand:

- Das Bundesverfassungsgericht hatte seinerzeit die – unzweifelhaft vom Bund zu finanzierenden – SGB II Regelsätze für Kinder wegen fehlender Einbeziehung von Bildungs- und Teilhabebedarfen für verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber zur entsprechenden Ergänzung dieser bundesfinanzierten Kinderregelsätze bis zum 31.12.2010 verpflichtet. Der Gesetzgeber ist dem jedoch nicht durch pauschale Anhebung der Kinderregelsätze nachgekommen, sondern in Form von kleinteiligen, differenzierten Einzelansprüchen auf Bildungs- und Teilhabeleistungen in der Gestalt des sogenannten BuT-Pakets. Die Ausführung dieser BuT-Leistungen wurde vom Gesetzgeber zwar den Kommunen übertragen – jedoch gegen volle Kostenerstattung aus dem Bundeshaushalt. Diese Form der Umsetzung ändert nichts daran, dass es sich um eine, ebenfalls vom Bund zu finanzierende Ergänzung der vom Bund finanzierten Regelsätze handelt.
- Auch die Tatsache, dass diese Bundeserstattungen aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht direkt den Kommunen überwiesen werden können, sondern nur über den Umweg über die Länder in Form einer erhöhten KdU-Bundesbeteiligung, ändert nichts am Zweck und am Rechtscharakter dieser Zahlungen: Es wird zwar der „Transportweg“ der KdU-Beteiligung genutzt, es bleiben aber Bundesmittel zur Erstattung des örtlichen BuT-

Aufwandes, den die Kommunen im Auftrag des Bundes erbracht haben und der den Kommunen zu 100 % aus dem Bundeshaushalt erstattet werden soll.

- Durch die jährliche Meldung aller Kommunen über die Höhe des örtlichen BuT-Aufwandes des Vorjahres stehen dem Land alle notwendigen Informationen zur Verfügung, um problemlos und ohne großen Aufwand eine belastungsgerechte Mittelverteilung an die Kommunen vornehmen zu können. Das Beispiel des Art. 88 AGSG zeigt, dass dies auch der bayerischen Staatsverwaltung problemlos möglich wäre.
- Die Begründung der bayerischen Staatsregierung zum Verzicht auf eine belastungsgerechte Weiterverteilung der BuT-Bundeserstattungen an die bayerischen Kommunen (Landtagsdrucksache 17/9265: *„Es entspricht einem...speziell bayerischen sozialpolitischen Anliegen, die Inanspruchnahme der Bildungs- und Teilhabeleistungen zu steigern und Anreize für die Kommunen als Sozialleistungsträger zu setzen, die Inanspruchnahme durch Beratungsleistungen zu unterstützen“*) ist schlicht falsch und unzutreffend. Nach der zum 01.06.2016 in Kraft getretenen Änderung des AGSG ist in Bayern eine Form der Weiterverteilung der BuT-Bundeserstattungen an die bayerischen Kommunen festgeschrieben, auf deren Höhe der örtliche BuT-Aufwand keinerlei Einfluss hat. Wer überdurchschnittliche BuT-Leistungen zu erfüllen hat, muss dies nämlich auf eigene Kosten tun – wer (evtl. sogar unter Verletzung der gesetzlichen Verpflichtungen) möglichst wenige BuT-Leistungen erbringt, dessen BuT-Bundeserstattungen bleiben unverändert und er kann einen erheblichen Gewinn zugunsten des kommunalen Haushalts erzielen. Wenn also von den geltenden Regeln des AGSG ein Anreiz auf die Kommunen ausgeht, dann ist es der Anreiz gesetzliche BuT-Leistungen möglichst zu verweigern, bzw. zu minimieren. Das BayStMAS hat auch in der Vergangenheit in diversen Schreiben deutlich zum Ausdruck gebracht, dass seine Zielsetzung darin besteht, bei der Gewährung von Bildungs- und Teilhabeleistungen – „volksnah“ formuliert - Luxuszahlungen örtlicher Provinzfürsten zu Lasten des Bundeshaushalts und ohne Beachtung von Wirtschaftlichkeits- und Sparsamkeitserwägungen möglichst zu verhindern. Diese Grundeinstellung wird dem Charakter der BuT-Ansprüche als gesetzliche Pflichtleistungen zur Sicherung des Existenzminimums in keiner Weise gerecht.
- Schließlich hat sich auch ausweislich der beiliegenden Tabellen der behauptete Korrektur- und Ausgleichseffekt durch Einbeziehung der BuT-Bundeserstattungen in den Hartz IV-Belastungsausgleich als reine Illusion erwiesen. Im Interesse einer gerechten Behandlung der bayerischen Kommunen durch belastungsgerechte Verteilung der BuT-Bundeserstattungen (und auch der künftigen Bundeserstattungen für den KdU-Aufwand anerkannter Flüchtlinge) muss deshalb dringend die Forderung nach einer raschen, erneuten Korrektur des BayAGSG erhoben werden – jedenfalls darf damit nicht bis zum Auslaufen des Belastungsausgleichs zum 31.12.2020 gewartet werden.
- Auch der Deutsche Städtetag hat erst im Mai 2016 die Forderung nach einer ausdrücklichen Ergänzung des § 46 Abs. 8 SGB II erhoben, wonach die Länder eine belastungsgerechte Verteilung der BuT-Bundeserstattungen gewährleisten sollten (Stellungnahme des DStT zur Bundestagsanhörung zum 9. SGB II-Änderungsgesetz am 30.5.2016).

Zum Abschluss erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zum nunmehr gesetzlich vorgeschriebenen Auslaufen des Belastungsausgleichs nach Art. 5 AGSG zum 31.12.2020, was einen weiteren dringenden Handlungsbedarf der kommunalen Spitzenverbände mit der bayerischen Staatsregierung bewirkt. Denn durch dieses Auslaufen zum Jahresende 2020 drohen den bayerischen Kommunen staatliche Mittel in der Größenordnung zwischen 65 und 100 Millionen Euro jährlich verloren zu gehen.

Bei den staatlichen Zuwendungen des Belastungsausgleichs handelt es sich jedoch nicht um ein freiwilliges Geschenk des Freistaates Bayerns an die Kommunen, sondern vielmehr um einen bundesweit verabredeten und umgesetzten, dauerhaften Ausgleich für eine durch das Hartz IV-Gesetz eingetretene, dauerhafte Lastenverschiebung vom Landeshaushalt in die Kommunalhaus-

halte (dauerhafte Entlastung des Landeshaushaltes beim Wohngeld seit 2005 durch die gleichzeitige, dauerhafte, überwiegende Übernahme des KdU-Aufwandes durch die Kommunalhaushalte).

Die bayerische Spezialerfindung des Belastungsausgleichs nach Art. 5 AGSG muss aber dringend auch aus einem anderen Grund neu konstruiert werden: Diese dauerhafte Belastung der Kommunalhaushalte durch Übernahme des überwiegenden KdU-Aufwandes für Bedürftige trifft alle Kommunen in Bayern ausnahmslos. Die Ausgleichszahlungen aus dem Staatshaushalt wegen der Entlastung des Landes beim Wohngeld müssen in sachgerechter Weise deshalb auch auf alle Kommunen in Bayern verteilt werden. Es ist generell sachfremd, an dieser Stelle einen undurchsichtigen Hartz IV-Sonderfinanzausgleich zu konstruieren, der die Hälfte der bayerischen Kommunen zu „Hartz IV-Gewinnern“ und die andere Hälfte zu „Hartz IV-Verlierern“ erklärt und damit generell die Hälfte aller bayerischen Kommunen von diesen Ausgleichsleistungen des Staates völlig ausschließt (dabei werden ausgerechnet vorwiegend Kommunen aus Oberbayern und aus Mittelfranken – den beiden Bezirken mit der höchsten Sozialhilfebelastung in Bayern – als „Hartz IV-Gewinner“ identifiziert). Wenn der Freistaat Bayern Kommunen mit besonders hoher Sozialhilfebelastung unterstützen möchte, so ist hierfür das Instrument des allgemeinen Finanzausgleichs zu nutzen. Es kann aber nicht angehen, den finanziellen Ausgleich für allgemeine und flächendeckende Lastenverschiebungen vom Staat auf die Kommunalhaushalte nur auf einen Teil der Kommunen zu beschränken.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

ich bin überzeugt, dass alle von mir angesprochenen Problembereiche (Bundeserstattungen für den KdU-Aufwand anerkannter Flüchtlinge, Bundeserstattungen für den örtlichen BuT-Aufwand, Nachfolgelösung und neue Konzeption des Hartz IV-Belastungsausgleichs) von Ihrem Haus u.a. auch mit den Bayerischen Kommunalen Spitzenverbänden intensiv erörtert werden. Die insbesondere zur Weiterverteilung der BuT-Bundeserstattungen und zum Belastungsausgleich aktuell in Bayern festgeschriebenen und praktizierten Regelungen sind aber aus Sicht der Stadt Erlangen derart ungerecht, dass es mir ein Anliegen war, Ihnen die jeweiligen Positionen der Stadt Erlangen ausdrücklich vorzutragen. Ich erlaube mir deshalb auch Abdrucke dieses Schreibens und der Anlagen an die örtlichen Abgeordneten weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Oberbürgermeister

- II. <Geschäftsbereich OBM> in Vorlage.
- III. <Ref. V> und <Ref. II> jeweils zur Kenntnis.
- IV. <Herrn MdB Stefan Müller>; <Frau MdB Martina Stamm-Fibich>; <Herrn MdL und Staatsminister Joachim Herrmann>; <Frau MdL Alexandra Hiersemann> jeweils in Kopie mit Anlagen zur Kenntnis.
- V. Kopie Amt 50 zum Vorgang.

Verteilung der B+T-Bundeserstattungen in Bayern - 2015

Anlage 1 zum Schreiben vom Bay. Städtetag an OBM

Erstattungsquote flächendeckend: 3,4 %

	B+T-Ausgaben 2015	KdU-Ausgaben 2015	tats. %-Anteil an örtl. KdU-Ausg.	B+T-Erstattung 2015	Differenz zwischen B+T-Ausgaben und B+T-Erstattungen	Belast.-ausgleich 2015
Stadt Ingolstadt	617.634,88 €	12.431.661,54 €	4,97%	422.676,49 €	- 194.958,39 €	- €
Stadt München	6.690.895,22 €	238.131.979,30 €	2,81%	8.096.487,30 €	1.405.592,08 €	- €
Stadt Rosenheim	351.864,84 €	8.043.069,10 €	4,37%	273.464,35 €	- 78.400,49 €	1.020.099 €
Altötting	228.021,11 €	6.871.038,55 €	3,32%	233.615,31 €	5.594,20 €	- €
Berchtesgadener Land	160.690,03 €	6.206.646,65 €	2,59%	211.025,99 €	50.335,96 €	532.836 €
Bad Tölz-Wolfratshausen	151.793,69 €	6.275.536,90 €	2,42%	213.368,25 €	61.574,56 €	- €
Dachau	273.425,19 €	6.737.533,13 €	4,06%	229.076,13 €	- 44.349,06 €	158.835 €
Ebersberg	145.550,28 €	5.721.503,96 €	2,54%	194.531,13 €	48.980,85 €	- €
Eichstätt	62.585,07 €	2.188.159,28 €	2,86%	74.397,42 €	11.812,35 €	- €
Erding	227.838,96 €	6.462.379,82 €	3,53%	219.720,91 €	- 8.118,05 €	- €
Freising	302.017,18 €	6.516.901,80 €	4,63%	221.574,66 €	- 80.442,52 €	- €
Fürstenfeldbruck	646.997,41 €	19.251.739,63 €	3,36%	654.559,15 €	7.561,74 €	3.276.673 €
Garmisch-Partenkirchen	202.602,79 €	6.763.140,54 €	3,00%	229.946,78 €	27.343,99 €	943.139 €
Landsberg am Lech	157.572,19 €	5.050.971,18 €	3,12%	171.733,02 €	14.160,83 €	- €
Miesbach	119.065,33 €	4.452.787,46 €	2,67%	151.394,77 €	32.329,44 €	- €
Mühldorf a. Inn	231.017,73 €	8.258.683,77 €	2,80%	280.795,25 €	49.777,52 €	- €
München	761.812,71 €	21.458.533,12 €	3,55%	729.590,13 €	- 32.222,58 €	- €
Neuburg-Schrobenhausen	117.692,10 €	2.867.185,31 €	4,10%	97.484,30 €	- 20.207,80 €	- €
Pfaffenhofen a.d. Ilm	268.151,78 €	3.305.415,54 €	8,11%	112.384,13 €	- 155.767,65 €	- €
Rosenheim	338.083,86 €	10.577.393,11 €	3,20%	359.631,37 €	21.547,51 €	- €
Starnberg	133.413,98 €	7.732.862,85 €	1,73%	262.917,34 €	129.503,36 €	- €
Traunstein	222.953,71 €	8.534.580,20 €	2,61%	290.175,73 €	67.222,02 €	- €
Weilheim-Schongau	172.048,12 €	7.717.499,28 €	2,23%	262.394,98 €	90.346,86 €	781.775 €
Oberbayern insgesamt	12.583.728,16 €	411.557.202,02 €	3,06%	13.992.944,89 €	1.409.216,73 €	6.713.357 €

	B+T-Ausgaben 2015	KdU-Ausgaben 2015	tats. %-Anteil an örtl. KdU-Ausg.	B+T-Erstattung 2015	Differenz zwischen B+T-Ausgaben und B+T-Erstattungen	Belast.-ausgleich 2015
Stadt Landshut	292.436,72 €	7.694.374,79 €	3,80%	261.608,74 €	- 30.827,98 €	1.995.966 €
Stadt Passau	186.795,44 €	5.974.432,19 €	3,13%	203.130,69 €	16.335,25 €	- €
Stadt Straubing	243.001,62 €	6.359.304,11 €	3,82%	216.216,34 €	- 26.785,28 €	1.930.265 €
Deggendorf	174.083,71 €	6.620.937,39 €	2,63%	225.111,87 €	51.028,16 €	817.086 €
Freyung-Grafenau	97.311,73 €	2.555.282,90 €	3,81%	86.879,62 €	- 10.432,11 €	- €
Kehlheim	157.540,67 €	3.240.977,51 €	4,86%	110.193,24 €	- 47.347,43 €	45.792 €
Landshut	200.760,51 €	5.546.580,53 €	3,62%	188.583,74 €	- 12.176,77 €	522.908 €
Passau	269.453,82 €	9.957.444,00 €	2,71%	338.553,10 €	69.099,28 €	- €
Regen	91.563,76 €	3.268.309,70 €	2,80%	111.122,53 €	19.558,77 €	338.059 €
Rottal-Inn	107.400,05 €	5.372.477,62 €	2,00%	182.664,24 €	75.264,19 €	- €
Straubing-Bogen	114.794,08 €	4.062.556,49 €	2,83%	138.126,92 €	23.332,84 €	149.090 €
Dingolfing-Landau	117.043,21 €	2.918.257,72 €	4,01%	99.220,76 €	- 17.822,45 €	- €
Niederbayern insgesamt	2.052.185,32 €	63.570.934,95 €	3,23%	2.161.411,79 €	109.226,47 €	5.799.166 €
Stadt Amberg	198.734,69 €	5.034.534,13 €	3,95%	171.174,16 €	- 27.560,53 €	834.491 €
Stadt Regensburg	914.378,70 €	18.878.998,84 €	4,84%	641.885,96 €	- 272.492,74 €	1.781.440 €
Stadt Weiden i.d. OPf.	293.738,69 €	6.554.715,55 €	4,48%	222.860,33 €	- 70.878,36 €	735.891 €
Amberg-Weizbach	138.952,25 €	4.410.884,95 €	3,15%	149.970,09 €	11.017,84 €	- €
Cham	128.668,80 €	3.850.700,80 €	3,34%	130.923,83 €	2.255,03 €	- €
Neumarkt i.d. OPf.	152.150,40 €	3.958.644,35 €	3,84%	134.593,91 €	- 17.556,49 €	- €
Neustadt a.d. Waldnaab	215.067,09 €	4.456.074,56 €	4,83%	151.506,54 €	- 63.560,55 €	583.778 €
Regensburg	316.715,95 €	7.003.655,12 €	4,52%	238.124,27 €	- 78.591,68 €	240.646 €
Schwandorf	194.194,64 €	6.817.843,55 €	2,85%	231.806,68 €	37.612,04 €	27.237 €
Tirschenreuth	136.371,22 €	3.627.167,05 €	3,76%	123.323,68 €	- 13.047,54 €	- €
Oberpfalz insgesamt	2.688.972,43 €	64.593.218,90 €	4,16%	2.196.169,45 €	- 492.802,98 €	4.203.483 €

	B+T-Ausgaben 2015	KdU-Ausgaben 2015	tats. %-Anteil an örtl. KdU-Ausg.	B+T-Erstattung 2015	Differenz zwischen B+T-Ausgaben und B+T-Erstattungen	Belast.-ausgleich 2015
Stadt Bamberg	201.982,77 €	7.679.238,70 €	2,63%	261.094,12 €	59.111,35 €	1.446.608 €
Stadt Bayreuth	366.414,79 €	8.894.754,54 €	4,12%	302.421,65 €	- 63.993,14 €	325.412 €
Stadt Coburg	176.044,72 €	5.617.385,45 €	3,13%	190.991,11 €	14.946,39 €	110.979 €
Stadt Hof	371.003,13 €	7.957.215,85 €	4,66%	270.545,34 €	- 100.457,79 €	2.723.911 €
Bamberg	156.104,80 €	4.630.500,93 €	3,37%	157.437,03 €	1.332,23 €	- €
Bayreuth	134.318,78 €	4.615.159,49 €	2,91%	156.915,42 €	22.596,64 €	348.119 €
Coburg	217.075,57 €	4.511.382,42 €	4,81%	153.387,00 €	- 63.688,57 €	- €
Forchheim	214.128,77 €	5.409.508,79 €	3,96%	183.923,30 €	- 30.205,47 €	1.009.759 €
Hof	197.393,72 €	5.288.668,76 €	3,73%	179.814,74 €	- 17.578,98 €	529.169 €
Kronach	100.856,84 €	3.488.646,39 €	2,89%	118.613,98 €	17.757,14 €	- €
Kulmbach	193.858,77 €	4.472.014,02 €	4,33%	152.048,48 €	- 41.810,29 €	- €
Lichtenfels	132.109,17 €	3.612.932,23 €	3,66%	122.839,70 €	- 9.269,47 €	- €
Wunsiedel/Fichtelgebirge	279.378,87 €	7.188.486,54 €	3,89%	244.408,54 €	- 34.970,33 €	1.342.926 €
Oberfranken insgesamt	2.740.670,70 €	73.365.894,11 €	3,74%	2.494.440,41 €	- 246.230,29 €	7.836.883 €
Stadt Ansbach	150.781,27 €	5.072.361,42 €	2,97%	172.460,29 €	21.679,02 €	- €
Stadt Erlangen	896.505,21 €	9.575.492,14 €	9,36%	325.566,73 €	- 570.938,48 €	- €
Stadt Fürth	990.045,42 €	20.798.701,61 €	4,76%	707.155,85 €	- 282.889,57 €	645.358 €
Stadt Nürnberg	4.823.175,30 €	114.953.666,94 €	4,20%	3.908.424,68 €	- 914.750,62 €	15.451.897 €
Stadt Schwabach	135.838,93 €	3.872.942,76 €	3,51%	131.680,05 €	- 4.158,88 €	- €
Ansbach	220.635,08 €	5.477.776,96 €	4,03%	186.244,42 €	- 34.390,66 €	- €
Erlangen-Höchstadt	123.316,53 €	4.728.261,28 €	2,61%	160.760,88 €	37.444,35 €	- €
Fürth	188.731,63 €	5.707.134,62 €	3,31%	194.042,58 €	5.310,95 €	- €
Nürnberger Land	243.229,96 €	8.079.077,94 €	3,01%	274.688,65 €	31.458,69 €	- €
Neustadt/Aisch-Bad Windsh.	122.012,60 €	3.826.186,71 €	3,19%	130.090,35 €	8.077,75 €	- €
Roth	175.419,36 €	4.796.875,99 €	3,66%	163.093,78 €	- 12.325,58 €	- €
Weißenburg-Gunzenhausen	163.053,08 €	4.157.643,99 €	3,92%	141.359,90 €	- 21.693,18 €	- €
Mittelfranken insgesamt	8.232.744,37 €	191.046.122,36 €	4,31%	6.495.568,16 €	- 1.737.176,21 €	16.097.255 €

	B+T-Ausgaben 2015	KdU-Ausgaben 2015	tats. %-Anteil an örtl. KdU-Ausg.	B+T-Erstattung 2015	Differenz zwischen B+T-Ausgaben und B+T-Erstattungen	Belast.-ausgleich 2015
Stadt Aschaffenburg	474.561,27 €	11.848.115,71 €	4,01%	402.835,93 €	- 71.725,34 €	1.955.668 €
Stadt Schweinfurt	307.870,75 €	10.210.198,55 €	3,02%	347.146,75 €	39.276,00 €	227.284 €
Stadt Würzburg	613.138,12 €	15.400.635,88 €	3,98%	523.621,62 €	- 89.516,50 €	4.671.089 €
Aschaffenburg	313.383,69 €	9.365.251,15 €	3,35%	318.418,54 €	5.034,85 €	- €
Bad Kissingen	185.430,47 €	4.786.880,28 €	3,87%	162.753,93 €	- 22.676,54 €	- €
Rhön-Grabfeld	90.485,71 €	2.665.764,00 €	3,39%	90.635,98 €	150,27 €	- €
Haßberge	168.928,25 €	3.447.955,80 €	4,90%	117.230,50 €	- 51.697,75 €	- €
Kitzingen	148.332,40 €	3.497.930,73 €	4,24%	118.929,64 €	- 29.402,76 €	- €
Miltenberg	303.129,44 €	7.110.464,86 €	4,26%	241.755,81 €	- 61.373,63 €	656.120 €
Main-Spessart	119.527,05 €	3.696.597,72 €	3,23%	125.684,32 €	6.157,27 €	- €
Schweinfurt	191.597,97 €	3.857.012,74 €	4,97%	131.138,43 €	- 60.459,54 €	- €
Würzburg	210.539,70 €	6.065.747,35 €	3,47%	206.235,41 €	- 4.304,29 €	- €
Unterfranken insgesamt	3.126.924,82 €	81.952.554,77 €	3,82%	2.786.386,86 €	- 340.537,96 €	7.510.161 €
Stadt Augsburg	1.476.778,60 €	39.725.972,93 €	3,72%	1.350.683,08 €	- 126.095,52 €	10.756.764 €
Stadt Kaufbeuren	194.290,34 €	4.405.654,25 €	4,41%	149.792,24 €	- 44.498,10 €	749.849 €
Stadt Kempten (Allgäu)	291.127,72 €	6.866.853,10 €	4,24%	233.473,01 €	- 57.654,71 €	2.058.461 €
Stadt Memmingen	131.396,00 €	2.331.406,99 €	5,64%	79.267,84 €	- 52.128,16 €	- €
Aichach-Friedberg	138.392,71 €	4.194.997,81 €	3,30%	142.629,93 €	4.237,22 €	- €
Augsburg	410.704,96 €	12.302.954,47 €	3,34%	418.300,45 €	7.595,49 €	1.039.448 €
Dillingen a.d. Donau	101.128,28 €	3.811.102,77 €	2,65%	129.577,49 €	28.449,21 €	- €
Günzburg	175.699,77 €	4.440.331,60 €	3,96%	150.971,27 €	- 24.728,50 €	194.946 €
Neu-Ulm	417.768,95 €	11.166.162,76 €	3,74%	379.649,53 €	- 38.119,42 €	1.370.128 €
Lindau (Bodensee)	276.784,22 €	4.011.035,55 €	6,90%	136.375,21 €	- 140.409,01 €	1.025.399 €
Ostallgäu	155.013,74 €	4.571.765,63 €	3,39%	155.440,03 €	426,29 €	- €
Unterallgäu	113.062,57 €	3.141.623,17 €	3,60%	106.815,19 €	- 6.247,38 €	- €
Donau-Ries	148.416,61 €	2.912.183,63 €	5,10%	99.014,24 €	- 49.402,37 €	- €
Oberallgäu	213.263,34 €	5.993.257,21 €	3,56%	203.770,75 €	- 9.492,59 €	344.682 €
Schwaben insgesamt	4.243.827,81 €	109.875.301,87 €	3,86%	3.735.760,26 €	- 508.067,55 €	17.539.677 €

	B+T-Ausgaben 2015	KdU-Ausgaben 2015	tats. %-Anteil an örtl. KdU-Ausg.	B+T-Erstattung 2015	Differenz zwischen B+T-Ausgaben und B+T-Erstattungen	Belast.-ausgleich 2015
Oberbayern	12.583.728,16 €	411.557.202,02 €	3,06%	13.992.944,89 €	1.409.216,73 €	6.713.357 €
Niederbayern	2.052.185,32 €	63.570.934,95 €	3,23%	2.161.411,79 €	109.226,47 €	5.799.166 €
Oberpfalz	2.688.972,43 €	64.593.218,90 €	4,16%	2.196.169,45 €	- 492.802,98 €	4.203.483 €
Oberfranken	2.740.670,70 €	73.365.894,11 €	3,74%	2.494.440,41 €	- 246.230,29 €	7.836.883 €
Mittelfranken	8.232.744,37 €	191.046.122,36 €	4,31%	6.495.568,16 €	- 1.737.176,21 €	16.097.255 €
Unterfranken	3.126.924,82 €	81.952.554,77 €	3,82%	2.786.386,86 €	- 340.537,96 €	7.510.161 €
Schwaben	4.243.827,81 €	109.875.301,87 €	3,86%	3.735.760,26 €	- 508.067,55 €	17.539.677 €
Bayern insgesamt	35.669.053,61 €	995.961.228,98 €	3,58%	33.862.681,82 €	- 1.806.371,79 €	65.699.982 €